

Die „Wiener SchulSozialarbeit“ ist tot

Was sich seit zehn Schuljahren in Wiener Schulen als geniales Projekt etabliert hat, wurde im Juni 2019 von einem Tag auf den anderen kaltgestellt. Der Grund: Der Bund war nicht mehr bereit für die Stadt Wien finanziell einzuspringen und die über LehrerInnenposten angestellten 30 Wiener SchulsozialarbeiterInnen zu finanzieren. Warum, das steht in den politischen Sternen. Für die Betroffenen fühlt es sich jedenfalls wie reine Willkür an.

In einer Zeit, wo täglich von LehrerInnenmangel gesprochen wird, wo allein in Wiener Schule genau aus diesem Grund mehrere hundert Personen ohne Lehramt tätig sind, kann das Argument der Nichtfinanzierbarkeit von 30 schulinternen Fachkräften in Sachen Deeskalation, Mobbingprävention, Krisenintervention und Anwaltschaft für Kinderrechte nur als Farce interpretiert werden. Der Standard dazu am 12. September 2019:

„Schulsozialarbeiter werden künftig aus jenen Mitteln finanziert, die für Ganztagsplätze reserviert waren – zur Hälfte. Den Rest tragen die Länder. Das Resultat: weniger Support.“

Die Kurzsichtigkeit dieser für Wiener Schülerinnen und Schüler aber auch für Lehrpersonen negativen (politischen) Entscheidung ist seit Schuljahresbeginn massiv spürbar. In Medienberichten ist zu lesen, dass sich die Zahl der SchulsozialarbeiterInnen in Österreich im freien Fall befindet. Nicht dass das Bildungssystem in Österreich zuvor an einer im internationalen Vergleich rühmlichen Stelle in Sachen Schulsupport aufgefallen wäre. Der Standard im selben Artikel: *„Fragt man Jochen Prusa, den Geschäftsführer des Österreichischen Berufsverbands für Soziale Arbeit, um wie viele Kinder sich ein Schulsozialarbeiter sinnvollerweise kümmern sollte, lautet seine Antwort: `300, maximal`. Davon war Österreich schon bisher ein halbes Universum entfernt. Und es scheint auch eine Galaxie, die man – wohl aus Kostengründen – auch gar nicht erreichen will.“*

Der Standard schreibt zu den neuen Entwicklungen weiter: *„Von 107 Schulsozialarbeiterposten sind damit künftig nur noch 76 besetzt. Wie kann das sein? Alle wollen mehr, und am Ende gibt es weniger von ihnen?“*

Blick man auf die Bundeshauptstadt Wien, sieht die Lage besonders trist aus: In den aktuell rund 430 Wiener Pflichtschulen (VS, HS, Polys und Sonderschulen) tummeln sich gerade mal aufgerundet 20 SchulsozialarbeiterInnen vom Bund, andere gibt es nicht (mehr). 20 SchulsozialarbeiterInnen für 107.000 SchülerInnen, das ist ein Betreuungsschlüssel von 1:5350 grob gerechnet!

Die Stadt Wien bemüht sich geradezu euphorisch, die von ihr maßgeblich mitgesteuerte Entwicklung positiv darzustellen: Sie hat in diesem Jahr den bundesnahen Verein ÖZGPS mit zusätzlichem Geld ausgestattet, um Soziale Arbeit in Wiener Schulen anzubieten unter anderem durch

SozialarbeiterInnen. Die Anstellungsbedingungen dieses Vereins allerdings sind für die MitarbeiterInnen mit LehrerInnenverträgen inakzeptabel: Die sogenannten BundesschulsozialarbeiterInnen, also jene SozialarbeiterInnen, die über den Verein angestellt sind, betreuen bis zu fünf Schulen, es herrscht anscheinend eine hohe MitarbeiterInnenfluktuation, sie erhalten lediglich befristete Arbeitszusage (bis Ende 2022) und sind der Schulpsychologie unterstellt (keine fachliche Aufsicht). Selbst der Rechnungshof findet dazu Kritik: *„Der ÖZPGS fand 2017 allerdings laut einem Rechnungshof-Bericht nur für gut die Hälfte der Stellen Personal. Laut RH machte es die kurze Vertragsdauer von einem Jahr und die ungewisse Perspektive `schwierig, höchstqualifiziertes Personal zu finden` und längerfristig zu binden.“* (apa 26.6.2019).

Andere Bundesländer, andere Wege

Wie man im Standardartikel weiter lesen kann, sind auch andere Bundesländer betroffen, lassen sich aber ganz anders als in Wien vom Bund nichts vorschreiben: *„Was sich noch ändert: Supportkräfte müssen künftig beim ÖZPGS angemeldet sein, andere Vereine kommen nicht mehr zum Zug. (...) Kärnten hat daraufhin keinen Bedarf mehr angemeldet.“* (12. September 2019)

Im Burgenland geht man ebenfalls eigene, vom Bund unabhängige Wege, wie aus Medienberichten zu vernehmen ist: *„An den burgenländischen Bezirkshauptmannschaften werden im kommenden Jahr Schulsozialarbeiter installiert. Sie sollen `in schwierigen Situationen vermitteln, Schüler unterstützen und damit Lehrkräfte sowie Eltern entlasten`, erklärt Bildungslandesrätin Daniela Winkler (SPÖ).“* (Mein Bezirk, 20.11.2019) Das Burgenland ist ein schönes Beispiel dafür, dass es möglich ist, Schulsozialarbeit so zu finanzieren und zu etablieren, wie es individuell notwendig und politisch machbar ist. Die burgenländische Grüne Spitzenkandidatin Regina Petrik über die Maßnahme: *"Unsere Forderung nach der flächendeckenden Einführung von Schulsozialarbeit im Burgenland wird nun doch umgesetzt. Das freut mich, wurde mein diesbezüglicher Antrag im Landtag doch von SPÖ und FPÖ im Juni 2019 noch zurückgewiesen", schreibt Petrik auf Facebook. Damals habe Bildungslandesrätin Winkler noch gemeint, es wäre der Bund zuständig. "Schön, dass sie sich davon überzeugen ließ, dass hier das Land Verantwortung wahrzunehmen hat."* (Mein Bezirk, 20.11.2019)

In der Steiermark zeigt man sich schulpolitisch ebenfalls widerständig, betrachtet man dort die 50:50 Lösung gar als nicht vom Gesetz gedeckt. Der ORF Steiermark vermeldet dazu am 24.1.2020:

„Lehrerdienststellen mit Sonderverträgen - In der Landtagssitzung hatte die zuständige Bildungslandesrätin Juliane Bogner-Strauß (ÖVP) eine Lösung zugesagt – am Freitag wurde sie präsentiert: Demnach werden nun 23 Lehrerdienststellen mit Sonderverträgen ausgeschrieben (...) auf diese Weise ist die Finanzierung bis Ende des Schuljahres gesichert. Ab 2021 will Bogner-Strauß das Team und die rund 50 Schulsozialarbeiter, die das Land finanziert, in einem eigenen Pool langfristig absichern.“ Bei den hier angesprochenen MitarbeiterInnen handelt es sich um „insgesamt 23 Psychologen, Pädagogen und Sozialarbeiter (diese) unterstützen seither die Schüler, Lehrer und Eltern an insgesamt 62 steirischen Schulen (zumeist sogenannte Brennpunktschulen) dabei, Kinder mit Migrationshintergrund in den Schulalltag zu integrieren.“

An den Beispielen der vier Bundesländer Wien, Burgenland, Kärnten und der Steiermark wird deutlich sichtbar, dass es dem Bund nicht gelingt, eine einheitliche Lösung über das Österreichische Schulsystem zu stülpen. Bundesländer, die sich dagegen zur Wehr setzen, bauen auf ein Supportsystem, das den lokalen Anforderungen gerecht werden will und sich nicht parteipolitischen Spielen unterwirft.

In Wien wird auf wertvolle Expertise verzichtet

Zurück nach Wien. Was ist mit den ursprünglich 30 Wiener SchulsozialarbeiterInnen geschehen? Da die Bildungsdirektion Wien dankenswerterweise „ihre“ früheren SozialarbeiterInnen als „versteckten Support“ braucht, wurde aus der Not eine „hatscherte“ Lösung gefunden nämlich die simple wenn auch nur vorübergehende Umbenennung der bisherigen Wiener SchulsozialarbeiterInnen in „BeratungslehrerInnen“. Das ist zwar gut gemeint, hat aber viele einschränkende Folgen hinsichtlich des gewohnten Betreuungsangebots an Schulen und führt zu einer massiven Begrenzung der bisher ausgeübten fachspezifischen Methoden. Gerade die wichtigsten Aspekte der Sozialarbeit an Schulen wurden aufgrund des Anpassungsdrucks gestrichen: So gibt es keine Hausbesuche und Begleitungen mehr, keine externe Vernetzungsarbeit, keine Erreichbarkeit am Mobiltelefon, keine Niederschwelligkeit, kein wienweites Workshopangebot und keine muttersprachliche Sozialarbeit in den Sprachen: Türkisch, BSK, Arabisch, Russisch, Tschechisch, Ungarisch. Dafür muss jetzt für die „Arbeit am Kind“ das Einverständnis der Obsorgeberechtigten eingeholt werden. Im Fall von Beziehungsarbeit bei Gefährdungsverdacht ist das nicht gerade zielführend. Hier besteht die realistische Gefahr, dass genau die Kinder übrig bleiben, die ohnehin alleingelassen sind.

Nach einer nirgends festgeschriebenen Diktion dürfen an Schulen keine zwei BeratungslehrerInnen arbeiten. Da die früheren Wiener SchulsozialarbeiterInnen nun (vorübergehend) BeratungslehrerInnen sind, wurde prompt jeweils eine/r der beiden von den Schulen abgezogen. ProfessionistInnenteams aus PädagogIn (BeratungslehrerIn, PsychagogIn) einerseits und SozialarbeiterIn andererseits wurden auseinandergerissen. Was sich zuvor fachlich ergänzt hat, darf nicht mehr zusammenarbeiten. Erfahrene KollegInnen, die zuvor an Wiener Pflichtschul-Hotspots ihre Expertise angeboten haben, dürfen nun beispielsweise in Nobelbezirksvolksschulen ihren Dienst verrichten. Langjährige, stabilisierend und präventiv wirksame Beziehungen zu SchülerInnen wurden gekappt. Ein unschätzbare Fundus in Sachen Kinderschutz und Kinderrechten ist verloren gegangen.

Aus Paragraphenreiterei wurde Ressourcenverschwendung auf hohem Niveau.

Und das alles wofür? Ist dieser gewaltige Schritt in die Vergangenheit wirklich notwendig gewesen? Professionell ausgebildete Menschen, die zehn Jahre lang ihre Expertise in das Schulsystem höchst erfolgreich eingebracht haben, wurden auf ein zum Teil gut gemeintes Abstellgleis geschoben, wo sie lediglich einen Bruchteil ihrer Fähigkeiten einsetzen dürfen! Sollte es der Stadt Wien nicht vielmehr wichtig und wertvoll sein, sich für ihre vorbildliche Förderung von Unterstützungspersonal in ihren Schulen zu rühmen, um sich auch im internationalen Vergleich auf die Schulter klopfen zu können? Vielleicht wegen ihres sozialdemokratischen Stolzes auf soziale Errungenschaften aber auch, weil ihnen das Wohl aller Kinder dieser Stadt ehrlich am Herzen liegt.

Zur Zeit können alle, die die Wiener Schulsozialarbeit zurückhaben wollen, folgende Petition unterstützen:

-->https://mein.aufstehn.at/petitions/wiener-schulsozialarbeit-zuruck-in-die-bildungsdirektion-2?source=whatsapp-share-button&utm_source=whatsapp&share=ee4d52c0-18a2-4c79-a3a7-42ce388a866c -->